

## Einige kurze Gedanken zum Thema Multikulturalismus

Dirk Driesang, 27.07.2016

In der Pressemeldung des Bundesvorstands der AfD vom 25.7.2016 stand der Satz:

„Eine verantwortungsvolle Regierung darf nicht zusehen, wie unter der herrschenden Ideologie eines gefährlichen 'Multikulturalismus' die innere Sicherheit und die innere Ordnung Deutschlands mehr und mehr zugrunde gehen.“

### Herrschaft

Unter diesem Wort kann man sicherlich unterschiedliche Dinge verstehen. Es gibt die Herrschaft des Rechts, es gibt Gewaltherrschaft, Herrschaft der Besten (also Herrschaft nach dem Leistungs- und Wettbewerbsprinzip) sowie die Befehls- oder Kommandoherrschaft, wie sie im Sozialismus üblich ist.

Jenseits dieser eher juristisch-staatsrechtlichen Aspekte gibt es aber auch eine „**vorherrschende** Geisteshaltung“, auch **Mainstream** oder **Zeitgeist** genannt. Auch diese herrschen, allerdings eher subtil, etwa weil es unter dem heute üblichen Konsensdruck oft schwierig sein kann, einer vorherrschenden Geisteshaltung zu widerstehen oder zu widersprechen.

In der Pressemeldung sind beide Elemente der Herrschaft, rechtliche und subtile, gemeint.

### Multikulturalismus

Multikulturalismus ist nicht einfach nur das Verteidigen eines gewissen gesellschaftlichen Pluralismus, ihm geht es nicht um größere Auswahlmöglichkeiten bei der abendlichen Wahl des Restaurants. Multikulturalismus **verneint die Notwendigkeit einer Leitkultur**, er verneint die Notwendigkeit gemeinsam miteinander geteilter Kernwerte ebenso wie er nationale Loyalität und Identität ablehnt. Stattdessen haben unter der Doktrin des Multikulturalismus Gruppenidentitäten und Gruppenloyalitäten Vorrang. Folglich werden Unterschiede betont, Gemeinsamkeiten eher gering geschätzt, so dass z. B. unterschiedliche Rechtstraditionen mit einem daraus resultierendem Rechtspluralismus (z.B. Anerkennung der Scharia im Erb- oder Scheidungsrecht) begrüßt werden, zumindest in der Tendenz. Multikulturalisten begrüßen eine Vielfalt an Kulturen, auf Kosten des miteinander geteilten nationalen Zusammenhangs.

Was mit der Ablehnung von Multikulturalismus gerade nicht gemeint ist, beschreibt am besten ein kurzes Zitat von H.E. Baber („The multicultural mystique“ S 43, zit nach Thierry Baudet, S. 188):

„Kritiker des Multikulturalismus bekommen eine schlechte Presse, weil der allgemeine Eindruck ist, dass wir gegenüber diesen Bräuchen und Gewohnheiten Bedenken hegen. Darum geht es aber nicht. Für diese unschuldigen und oberflächlichen Eigenschaften von Kultur – Essen, Kleidung, Musik und Tanz, Sprache, Vergnügen, Handwerk – gilt: je mehr desto besser.“

Auch beim Wort „Multikulturalismus“, das auch in der Pressemeldung durchaus absichtlich in Anführungszeichen gesetzt war, mischen sich zwei Aspekte, rechtlich-harte und eher subtile Formen der Durchsetzung.

Es gibt den Multikulturalismus als quasi Staatsraison, also mit rechtlichem („von oben angeordnetem“) Hintergrund, es gibt ihn allerdings auch als Geisteshaltung. Im zweiten Fall erscheint Multikulturalismus häufig im Diminutiv „multikulti“ oder neuerdings „bunt“. Vertreter dieser Haltung sind häufig im Gegensatz zu ihren Beteuerungen ausgesprochen intolerant, wenn

man ihre Meinung zum Thema „bunt“ oder „multikulti“ nicht teilt. Schnell ist man dann dem Vorwurf des Rassismus ausgesetzt wodurch Konsensdruck erhöht und indirekt eine Art Herrschaft ausgeübt wird, weil Meinungen nicht oder nicht offen vertreten werden.

Beispiele:

- eine Richterin am Frankfurter Landgericht erklärte 2007, eine Klägerin habe mit Gewalt in der Ehe rechnen müssen. Zur Erläuterung zitiert sie den Koran Sure 4 Vers 34, worin das Züchtigungsrecht des Mannes gegenüber der Frau die Rede geregelt wird. (Thierry Baudet, „Der Angriff auf den Nationalstaat“, S 195). Die Richterin wurde zwar ersetzt, es kam aber dadurch zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen im Prozess.
- in Amsterdam bekam eine Burka tragende Muslimin in einem arbeitsrechtlichen Prozess zuletzt recht. Ihr Unterhalt wurde nicht gekürzt, obwohl sie zwei Stellenangebote abgelehnt hatte, was der Richter mit „muslimisch religiösen Überzeugungen“ begründete. (Baudet, op cit S 197)
- in Frankreich existieren alleine in der Umgebung von Paris geschätzt circa 200 000 de facto polygame Familien. Dies wird durch die französische Politik möglich, polygame Ehepartner aus islamischen Ländern im Land aufzunehmen. (Baudet op cit S 199)
- in Berlin existieren zahllose Fälle von Polygamie; die Imame fragen bei der muslimischen Trauung nicht, ob ein Mann bereits verheiratet ist – d.h. ihnen ist die staatlich verordnete Monogamie egal. In der sozialstaatlichen Praxis leugnen die Frauen, den Mann zu kennen, im Falle einer Mutterschaft, geben die Frauen an, den Vater nicht zu kennen. Die Folgen für Demographie und Sozialstaat liegen auf der Hand.
- in Wiesbaden bekommt ein Deutsch-Afghane, der seine schwangeren Ex-Freundin durch einen Messerstich in den Rücken ermordete, „nur“ lebenslänglich ohne die Anerkennung einer besonderen schwere der Schuld. Der Staatsanwalt hatte diese ausdrücklich gefordert, das Gericht lehnte dies ab, da der Angeklagte sich „aufgrund seiner kulturellen und religiösen Herkunft in einer Zwangslage befunden“ habe.
- das Max Planck Institut erstellte im Auftrag des Bundeskriminalamtes eine Studie zu „Islam Rabatten“ bei Gerichtsurteilen. In 10 % der Fälle habe sich bei sogenannten Ehrenmorden der kulturelle Hintergrund strafmildernd ausgewirkt.
- 1983 erklärte **„die Parlamentarische Versammlung des Europa-Rates die 'multikulturelle Gesellschaft' zu einem 'nicht mehr umkehrbaren und sogar anstrebbaren Tatbestand (...) und [erhob sie] damit sozusagen zur Doktrin.“** (Bruno Bandulet, „Beuteland“, S. 299)
- Gesinnungsethik spielt als Druckmittel der Durchsetzung von Multikulturalismus ein große Rolle, wenn sie von einflussreichen Politikern ausgeübt wird, so wie wir es bei der Klassifizierung Deutschlands durch Bundespräsident Gauck in „Hell- und Dunkeldeutschland“ erlebt haben. (Auch hier Stichwort: Konsensdruck)
- 2014 wurde durch Anweisung des Bezirksbürgermeisters in Berlin Kreuzberg der örtliche Weihnachtsmarkt in Winterfest umbenannt. Dies geschah mit dem Ziel, ein besseres Miteinander muslimischer und christlicher Kulturkreise zu fördern, obwohl 2/3 der Bevölkerung diese Umbenennung ablehnten.
- der berühmte Philosoph Charles Taylor definiert Multikulturalismus und Diversität 1992 in dem Essay „The politics of recognition“. Taylor verwirft die Idee einer Leitkultur, er ist gegen eine

miteinander geteilte, also gemeinsame Kultur der Mitglieder einer Gesellschaft, gegen eine gemeinsame politische Loyalität. „Multikulturalismus fordert, dass keine einzige Gesellschaft das Recht hat, andere Gruppen innerhalb des Territoriums kulturelle oder soziale Normen aufzuerlegen: Die Kraft künftiger Gesellschaften würde darin liegen, dass eine [miteinander] geteilte Kultur und [miteinander] geteilte Kernwerte fehlen.“ (Baudet, op cit, S. 192, Anm: die Worte in eckigen Klammern sind von mir zum besseren Verständnis eingefügt, die Übersetzung ist teilweise sehr schlecht gelungen)

Taylors Verständnis von Multikulturalismus führt zu Rechtspluralismus, weil er den Menschen andere Rechte und Pflichten aufgrund ihres kulturellen Hintergrunds gewährt. Eine Folge dieser Geisteshaltung ist auch im folgenden Beispiel sichtbar:

- **Aufhebung des Kopftuchverbots durch das Bundesverfassungsgericht**, dies wird ausdrücklich mit Relativismus – also einem Kernbestand der Ideologie des Multikulturalismus - begründet: „Entscheidend ist der zugrundegelegte Relativismus, der eine „Privilegierung“ der „Darstellung christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte oder Traditionen“, auf denen immerhin das gesamte Gemeinwesen samt Schulsystem aufgebaut ist, für grundgesetzwidrig erklärt, aber die Sonderbedürfnisse einer Minderheit innerhalb der Minderheit – kopftuchtragender Musliminnen – willkürlich zum schützenswerten Gut erhebt.“ (Zitat aus

<http://jungfreiheit.de/debatte/kommentar/2015/neutralitaet-als-selbstabschaffung/> )

Diese Rechtspraxis ist nicht nur ein Einknicken gegenüber dem Islam, sondern zu mindestens gleichem Teil eine Schwäche des Eigenen, die nämliche Krise der abendländischen Zivilisation. Ernest Renan hatte das mit Blick auf die französische Revolution und deren Nachwirkungen noch froh gefeiert: „Wir haben den alten Götzen Respekt niedergeschlagen, er wird sich nie wieder erheben.“ (Original: "Nous avons abattu la vielle idole du respect, une idole qui ne se relève pas." ) Ohne einen ersten Respekt vor dem Eigenen wird der tradierte europäische Kulturraum aber keine Zukunft haben. (Wilhelm Röpke erhellt diese Zusammenhänge in unnachahmlicher Weise in seinem Buch „civitas humana“ auf S. 139 f.)

Die oben erstellte Spiegelstrichliste ließe sich fortsetzen. Aber es wird bereits so erkennbar, dass trotz des anders lautenden Bekenntnisses der Kanzlerin von 2004 und 2012, multikulti sei auf der ganzen Linie gescheitert, sich an der zugrundeliegenden geistigen Haltung und der tatsächlichen Praxis nichts geändert hat. Es geht alles einfach weiter seinen Weg.

Ganz praktisch kann man dies daran erkennen, dass Flüchtlingspolitik in Zuwanderungspolitik umgemünzt wird, was sich etwain der Tatsache manifestiert, dass syrische Flüchtlinge ein zeitlich nicht begrenztes Aufenthaltsrecht bekommen. Das ist bei Flüchtlingen vollkommen unüblich, da sie normalerweise in ihre Heimat zurückgeschickt werden, wenn die dortige Situation sich gebessert hat. Man erkennt es auch an der Wortwahl, in der zwischen Flüchtling und Migrant beliebig gewechselt wird; weiterführende Begriffe sind „Zuzug“, „Neubürger“, „Neusiedler“. Collier verweist auch auf die Tatsache, dass wir „Flüchtlinge mit Rechten überschütten, sobald sie unsere Grenzen überschritten haben.“

Wenn die AfD in ihrer Pressemitteilung also auf die **Herrschaft der Ideologie des Multikulturalismus** abhebt, dann richtet sie damit ihren Blick auf die **Ursachen** der Verwerfungen in unserer Gesellschaft. Denn der Multikulturalismus verweigert sich elementaren Einsichten in das Funktionieren nationaler Gesellschaften. Die genaueren Ausführungen zu dieser Thematik findet man in Paul Colliers Buch „Exodus, Warum wir Einwanderung neu regeln müssen“ und in Thierry Baudets „Der Angriff auf den Nationalstaat“. In einem eigenen Vortrag habe ich deren Gedanken (und die weiterer Autoren) teilweise aufgegriffen und weiter vertieft, siehe hier:

<http://driesang.eu/onewebmedia/Rede%20Bamberg.pdf>

Genau dies – die Erkenntnisverweigerung von Offensichtlichem durch Regierende – rechtfertigt übrigens den Begriff „Ideologie“, der in der Pressemeldung verwendet wird. Denn eine Ideologie

lässt sich bekanntlich durch Fakten nicht irritieren. Wie die enormen materiellen und immateriellen Kosten der unkontrollierten Zuwanderung gestemmt werden sollen, ist unklar. Experten rechnen irgendwo zwischen 450 und 900 Milliarden Euro, es können auch mehr werden, vergleichbar den Kosten der Wiedervereinigung (2 Billionen). Aber die immateriellen Kosten werden sogar noch höher sein. (Stichworte: Alterskohorte, Familiennachzug, auswanderungswillige in Afrika)

Der Regierung und der herrschenden Geisteshaltung kann man somit vorwerfen, dass sie aktuell viel mehr auf die Symptome blickt - und diese zu kurieren versucht (Sicherheitspersonal, Bundeswehr, Nationalgarde, Überwachung...) – es hingegen nicht einmal schafft, die wahren Ursachen der gegenwärtigen Krise zu benennen, geschweige denn anzupacken. Hinter Merkels „wir schaffen das“ stand bestenfalls der naive Glaube an den Multikulturalismus. Was angesichts von Zuwanderern aus Spanien oder Italien natürlich keine dauerhaften Probleme hervorruft und hervorrufen würde, muss aber bei massiver Einwanderung aus muslimisch geprägten Ländern absehbar scheitern. Denn der weiche Multikulturalismus hat dem harten sunnitischen oder schiitischen Islam wenig, dem politischen Islam nichts entgegenzusetzen, nicht einmal eine eigene Leitkultur. Die obigen Beispiele zeigen, wohin das mehr und mehr führen wird.